

Vorfläche



Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1708

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erschließungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Vorlag: Ullstein. Chefredaktor: Georg Bernhard. Verantw. Red. (u. Ausg. d. Handst.): L. V. D. Sven v. Müller, Br. Tav. Manuskripte werden nur zurückgen., wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postbezugs-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3605, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3606-3608. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 600.

Das Steuererleichterungs-Programm

Die „Bürgerabgabe“ kommt

Auf die Tagesordnung des Reichstages, der sich morgen wieder versammelt, ist nachdrücklich noch die erste Beratung des Steuererleichterungs-Programms zur Verhandlung auf der Finanzreform gestellt worden. Es soll verbunden werden mit der Beratung eines zweiten Gesetzes zur Übertragung der Finanzangelegenheiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Der Entwurf für die Finanzreform handelt zunächst von der Arbeitslosenversicherung. Es ist die alte noch vom Kabinett Müller-Franke vorgeschlagene Kompromißlösung, die eine Erhöhung der Beiträge bis zu 4 Prozent gestattet und die Beschäftigung darüber der Reichsregierung überläßt, wenn im Verlaufe der Arbeitslosenfrage eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht zu erreichen ist. Außerdem ist den Etat eingeplanten 150 Millionen folgend der Rückgang der Reichsanteile 50 Millionen aus der Inflationsumlage zugeführt werden.

Obleich die Regierung Brünning diesen Entwurf dem Reichstag vorlegt, steht sie doch nicht mehr zu seinem Inhalt. Der Kanzler hat bereits angekündigt, daß das von den Sozialdemokraten zum Scheitern gedrehte Kompromiß Brünning-Meyer an seine Stelle treten soll. 37 Prozent Beitrag, 150 Millionen Einzahlungspflichtigen und bei Nichterreich der Arbeitslosenfrage spätere Regelung im Gesetz durch ein neues Gesetz. Die Formel Brünning-Meyer wird durch eine Sozialversicherungs der jetzigen Regierungspartei dem Reichstage vorzulegen werden und kann auf eine Mehrheit rechnen.

Weber die Steuer-Entwurf wird im Artikel 3 des Finanzreform-Entwurfes bestimmt:

„Der Reichsminister der Finanzen wird beauftragt, gemeinsam mit dem Reichsparlamentarier ein langfristiges Sparprogramm auszuarbeiten, das die Grundlage für eine Steuererleichterung bildet und namentlich nach einer halbjährigen Beratung der fortzubehaltenen Ausgaben genehmigt.“

Von den Ausgaben des ordentlichen Haushalts für 1930 sind mindestens 600 Millionen im Haushalt für 1931 einzusparen.

Die durch Verminderung der Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts eintretenden Ersparnisse sind unter Berücksichtigung der Restenlage sowie der zulässigen oder möglichen, die sich aus der Umwandlung der Einnahmen des Reiches ergeben, für Steuererleichterungen zu verwenden.“

In der Begründung wird ausgeführt, daß die Bahn für eine Steuerentlastung im Jahre 1931 frei werde, „denn außer dem wegfallenden Schuldentilgungsfonds (400 Millionen) werden noch mindestens weitere 150 Millionen (bzw. 60 Millionen Beschäftigten) frei werden. Die Entlastung der Einnahmeseite im Jahre 1931 läßt sich allerdings zur Zeit noch nicht überschauen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß je nachdem die Depression anhält oder ein Wirtschaftsaufschwung eintritt, sich hier noch ein Geldbedarf oder ein Ueberschuß ergeben kann. Das wird bei der endgültigen Regelung, wieviel gefehlt werden soll, mitberücksichtigt werden müssen. Es ist deshalb vorzusehen, 1000 Ersparnisse in Höhe von mindestens 600 Millionen zu machen.“

Rechen der Einkommenssteuer sollen vor allem die Realsteuern und hier insbesondere die Grunderwerbsteuer entlastet werden. Reichsfinanzminister Dr. Brüning hat am Sonntag

Brünning über seine Kanzlerschaft

Die Entstehungsgeschichte des Kabinetts

Reichskanzler Dr. Brüning hat auf der Tagung des Reichspartei-Ausschusses des Zentrums am Sonntag gesprochen. Die Rede ist bemerkenswert weniger durch ihren programmatischen Inhalt, der sich ungefähr mit der Regierungserklärung deckt, als durch die Darstellung, die Brüning von der Entstehungsgeschichte seines Kabinetts gibt, um den Vorwurf der Inkompetenz gegenüber seinem Vorgänger abzuwehren. Dieser Vorwurf hat übrigens der frühere Reichskanzler Müller-Franke niemals erhoben. Im Gegenteil, die führenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie haben durchaus anerkannt, daß die Politik des Zentrums vor und nach der Verabschiedung des Young-Plans darauf gerichtet war, die Große Koalition beizubehalten.

„Aur die Zentrumspartei hat allein“, verheißerte Dr. Brüning am Sonntag erneut, „mit der demokratischen Partei immer und

in einer Rede in Magdeburg erklärt, ein detailliertes Steuererleichterungs-Programm werde noch vor Ostern dem Kabinett unterbreitet werden. Das Versäumnis, was Dr. Brüning anerkennend, viele Einladungen zu empfangen und dabei viele Überflüssige finden. Aber, ein Finanzminister, fügte er hinzu, der populär ist, hat seinen Beruf verfehlt. Man werde auch bei den Gemeinden nachprüfen müssen, wo Ausgabenentlastungen möglich seien. Das frühere Kabinett habe bereits einen Entwurf vorbereitet, der durch eine bezugsfähige Struktur der Gemeindefinanzen, nämlich durch eine „Bürgerabgabe“, jeder einzelne Bürger wieder härter an den Finanzen der Gemeinde interessiert werden soll. Eine entsprechende Vorlage sei auch von der jetzigen Regierung zu erwarten.

Mollenbauer hinterließ zum Schluß an: „Wir werden an den Reichstag appellieren, ob er die Finanzen landen und der Wirtschaft helfen will. Wir sind entschlossen, alle verfassungsmäßigen Mittel anzuwenden, um unseren Willen durchzuführen. Es wird in dieser Woche der Augenblick kommen, wo wir den Reichstag und das deutsche Volk vor eine ganz klare Frage stellen werden und nicht erwidern werden, die eine oder andere Klasse aus dem Saufen herauszuführen.“

immer wie „er... für diese Regierung getrimmt und sie von neuem Monate und Wochen gehalten.“

An einer anderen Stelle seiner Rede spricht Dr. Brüning aus, daß es sein großes Versehen war, „diese Koalition bis an das normale Ende des Reichstages zu halten.“ Am dem Tage, an dem das Kompromiß Brünning-Meyer in der Arbeitslosen-Berichterstattung vom Kabinett Müller-Franke gutgeheißen worden war, „bin ich hier zum erstenmal aus diesem hohen Hause herausgegangen und habe nach Wochen einer Spätagung gemacht, in der Freude und festen Überzeugung, daß die Arbeit nun geleistet sei. Deshalb war es eine furchtbarste, schwere Uebertragung für mich, als ich wiederkam und hörte, daß die Situation in der sozialdemokratischen Fraktion sehr kritisch sei.“

In der Debatte über die Regierungserklärung hat Dr. Brüning sich, wie man weiß, bemüht, die nunmehrige oppositionelle Haltung der Sozialdemokratie hart zu unterbreiten und doch die Weisheit zum Zentrum, mit dem die Sozialdemokratie später wieder zusammen arbeiten wollen, nicht zu zerstören. Dr. Brüning glaubt aber Grund zu einiger Empfindlichkeit gegenüber der sozialdemokratischen Presse zu haben, und es ist eine leise Warnung in den Sätzen, die er am Sonntag im Reichstage vor dem Reichsausschuß seiner Partei sprach: „Wenn die Sozialdemokratie ein Interesse daran hat, die Brücken zur Zentrumspartei nicht abzubauen, welche sie gut daran tun, in ihrem Auftreten gegenüber der Zentrumspartei andere Methoden als in den letzten Tagen anzuwenden.“

Die Herrschaft der Parteiführer

Dr. Brüning führt den letzten Regierungswechsel auf eine gewisse Koalitionsunfähigkeit zurück, die gekommen ist, weil bei den innerpolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre immer und immer wieder nur die außenpolitische Situation maßgeblich die Klammer schuf. Aber noch ein anderes Spielte mit:

„Wenn ich an die vergangenen Jahre der Regierungspolitik zurückdenke, darf ich darauf aufmerksam machen, daß es das Unglück der vergangenen Regierungslösungen war, daß das damalige Kabinett den Parteien gegenüber ein schwaches Kabinett war. Die Minister dieses Kabinetts hatten ein erhebliches Willen und haben sich unermüdlich bemüht, die Dinge zu meistern, aber von Monat zu Monat ging von dem Kabinett die Verantwortung an das Zentrum der Parteiführer allmählich über. Das ist eine ganz unangehme Entwicklung innerhalb des Parlamentarismus, die unbedingt einmal zu einer rein politischen Krise führen mußte.“

Der Reichskanzler wendet sich hier gegen eine Entmündigung, die von uns stets beklamt werden ist. Am schlimmsten haben es dabei die Disfunktionarier getrieben, die vor drei Jahren im Fraktionsingenium mit Stimmzetteln darüber entschieden liegen, was das Parteiparlament des Innern übernehmen sollte. Im Sinne des parlamentarischen Systems ist gehandelt, wenn der beklagte Reichskanzler sich nach freiem Ermessen die Mitarbeiter wählt und dem Reichspräsidenten zur Ernennung vorzulegen; Sogar der Fraktionen ist es, ob sie das

Diplomatisches Oster-Revirement

Das lange hinausgezögerte Revirement im deutschen diplomatischen Dienst soll zu Ostern durchgeführt werden. Es wird bedingt durch den Rücktritt Cramers, inners des Reiches in London, der schon vor mehr als einem Jahr gegeben hat, er möge in den Ruhestand versetzt werden. Als Ersatzmann noch das Zentrum ausweist und namentlich nach dem Wunsch der deutschen Seite, die im Kom. tritt, nach London, und Woblen, der Vorkämpfer in Argona, dafür nach Kom gehen soll. Eine scharfe Klage, die Dr. Stresemann dem Reichstag vor dem Reichstag im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages stellen mußte — wegen seines Verhaltens gegenüber dem Schriftsteller Emil Ludwig bei dessen Empfang durch die Reichsliste — läßt bei Reichstag nicht zurücklassen aus, die aber auch Stresemanns Maß offenbar hinsichtlich gemacht hin.

Stresemanns Personalpolitik bei der Beförderung wichtiger auswärtiger Posten war diffident vor der Rücksicht auf die persönliche Eignung. Daß er ohne Rücksicht auf das Dienstalter jüngeren Kräften den Weg freimachte, ist bekannt. Es sei erinnert an die Ernennung des Dr. von Dörflich zum Reichsminister in Paris, trotzdem er dem Wunsch widersprach, einen Diplomaten mit der notwendigen Leitung der Reichsliste in der gleichen Hauptstadt zu beauftragen, in der er bis dahin die Reichsliste gewirkt hat. Ein Beispiel dieser Personalpolitik war auch die Ernennung des Reichsministers von Wittlich aus Rom als Reichsminister nach Washington und schließlich des Ministerialdirektors von Diden als Reichsminister nach Moskau.

Die Personalpolitik Stresemanns ist besonders dem Zentrum vielfach angegriffen worden. Man darf sagen: sie ist mit einer der wichtigsten Gründe gewesen, um beizuwirken das Zentrum dem früheren Außenminister häufig eine recht unzureichende Rente zeigte. Und man fragt sich, inwieweit das Zentrum den Rück-

treten einfließ, den es jetzt im Kabinett besitzt, wird geltend machen wollen, um seine Wünsche hinsichtlich der Personalpolitik im Auswärtigen Amt durchzusetzen, am Ende gegen Dr. Cramer, der nicht nur über die große Einteilung der auswärtigen Politik mit seinem verstorbenen Freunde eines Sinnes war. Dazu kommen jetzt noch die besonders betonten ergebnisreichen Wünsche der vorkommenden Gruppe, die über mächtige Verbindungen verfügt. Die Kandidatur des Abg. von Eindeiner-Wildau für einen diplomatischen Posten ist hier bereits erwähnt worden. London ist wohl doch ein zu hoch geliebtes Ziel. Im Frage hat man abgemittelt und jetzt auch in Warschau. Es war in der letzten Zeit viel die Rede von einer Umwandlung der Reichsliste in eine Reichsliste. Die polnische Regierung hat zweifelslos Erträge in dieser Beziehung und hat bei einigen Großmännern, vorerst bei Frankreich, ihre Wünsche durchgesetzt. Daß die Umwandlung der deutschen diplomatischen Vertretung in eine Reichsliste bereits vorbereitet wird, ist nicht bekannt, wohl aber, daß Reichstag nach acht Jahren gegen einen anderen Ministerwechsel hätte. Unter Stresemann wurde er als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ernannt, für den Fall, daß Dr. von Schubert eine auswärtige Mission annehmen sollte.

Es werden jetzt in Verbindung mit dem bevorstehenden Oster-Revirement Veränderungen angeknüpft und auch persönliche Namen genannt. Nicht nur London soll nun befehligt werden, auch Wien, Angra, Lemberg und anderen Posten ist die Rede, für die zum Teil „Augenwecker“ in Betracht kommen sollen. Wir glauben nicht, daß über das Revirement jetzt schon einen „eingetragenen“ Personalpolitik werden kann. Allerdings nicht, wenn es zutrifft, daß von Zentrumspartei auf eine Unterstützung der Personalpolitik bei den Entscheidungen gedrängt wird.